

MEMORANDUM '81

Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen

Pahl-Rugenstein

© 1981 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
Alle Rechte vorbehalten
Satz: Neosatz W. Geilenberg KG, Hürth-Efferen
Druck: Plambeck & Co, Druck und Verlag, Neuss

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
**Memorandum '81 [einundachtzig] Demokratische Wirtschaftspolitik gegen
Marktmacht und Sparmassnahmen.** – Köln: Pahl-Rugenstein, 1981.
(Kleine Bibliothek; 245)
ISBN 3-7609-0649-4

NE: Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmassnahmen; GT

Inhalt

Teil I

a. Das Memorandum

1. Die Lage: Mehr Arbeitslosigkeit und mehrsoziale Lasten 11
2. Die Ursachen: Nicht steigende Ölpreise, sondern fehlende Nachfrage. 12
3. Die Politik der Bundesregierung: Sozialabbau nach innen – Expansion nach außen 13
4. Die Alternativen: Beschäftigungsprogramm und Struktur-reformen 15

b. Die ausführliche Begründung des Memorandums

- Einleitung: Zur wirtschaftlichen und politischen Lage. Grund-
linien politisch-ökonomischer Entwicklung 20

I. Neue Massenarbeitslosigkeit – weniger soziale Sicherheit 23

1. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit 23
2. Verschlechterte Lebensbedingungen 25
3. Kosten und Verluste durch Arbeitslosigkeit 28
4. Geringe Einkommen, verschlechterter Lebensstandard 30
5. Weitere soziale Risikobereiche

II. Die Ursachen der neuen Krise 34

1. Gewinne, Sparen und Investieren 34
2. Verteilung 35
3. Gewinne und Investitionen 41
4. Zu geringe Nachfrage 42
5. Zahlungsbilanzen, Hochzinspolitik und Inflation 45

*III. Austerität nach innen – Expansion nach außen –
Hauptthemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik* 49

1. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik: Ziele und Folgen 49
2. Haushaltspolitik: Abschied von der Beschäftigungspolitik 51
3. Arbeitsmarktpolitik: Verordneter Stillstand 54
4. Sozialpolitik: Schwere Einbrüche 54
5. Technologiepolitik: Kapitalorientierte Modernisierung 55
6. Geldpolitik: Auf krisenverschärfendem Restriktionskurs 56
7. Einkommenspolitik: Druck auf die Massenkaufkraft 57

*IV. Stabilisierung durch Demokratisierung –
Die Alternativen* 59

1. Demokratische Wirtschaftsentscheidung gegen Defizite
privater Marktsteuerung 59
2. Beschäftigungspolitische Sofortmaßnahmen 61
3. Generelle Strukturreformen 69
4. Zwei Beispiele gesellschaftlicher Strukturreform:
Soziale Wohnungsbaupolitik 81
Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie 84

Teil II	
Krise und Alternativen im Wohnungsbau	87
<i>I. Ziele und Kontroversen stattlicher Wohnungspolitik</i>	87
1. Staatlicher Handlungsbedarf im Sozialwohnungsbau	87
2. »Markt« und Privateigentum als Orientierungen konservativer Wohnungspolitik	100
3. Vorrang für privates Wohnungseigentum	103
4. Zusammenfassung: Konservative gegen soziale und demokratische Wohnungspolitik	110
<i>II. Öffentliche Interventionspolitik im Wohnungsbau</i>	113
1. Wirkungen und Kritik öffentlicher Finanzierungssysteme	113
2. Planungsinstrumente in der kommunalen Praxis	133
3. Räumliche Fehlwirkungen	138
4. Spannungsverhältnis Kommune-Staat	140
5. Kommunale Finanzmisere	142
<i>III. Ökonomische Determinanten des Wohnungsbaus</i>	148
1. Bodenmarkt	148
2. Baumarkt	160
3. Kapitalmarkt	171
<i>IV. Alternativen zur bisherigen Wohnungsbaupolitik</i>	188
1. Zielorientierung und Abgrenzung	188
2. Finanzierungssicherung kommunaler Wohnungsbaupolitik	190
3. Institutionelle und organisatorische Alternativen	194
4. Alternativen im Baurecht und Städteplanung	197
5. Sofortprogramm	203

Teil III	
Ein Beispiel gesellschaftlicher Struktur-	
reformen: Die Vergesellschaftung	
der Eisen- und Stahlindustrie	205
<i>Einleitung</i>	
<i>I. Bestandsaufnahme</i>	209
1. Die Stahlkrise	209
2. Ursachen und Hintergründe der Stahlkrise	211
3. Die Struktur der westdeutschen Stahlindustrie	226
4. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Eisen- und Stahl-	
industrie	233
5. Die westdeutsche Stahlindustrie in der EG	234
 <i>II. Kritik der Stahlpolitik</i>	 238
1. Betriebliche und Unternehmensebene, Konzernstrategien	238
2. Staatliche Politik	244
3. Die sozialen Folgen der Stahlpolitik	255
4. Perspektiven bei Fortsetzung der alten Stahlpolitik	257
 <i>III. Vergesellschaftung der Stahlindustrie</i>	
<i>als wirtschaftspolitische Alternative</i>	267
1. Begründung für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie	267
2. Erfahrungen mit der verstaatlichten Stahlindustrie	273
3. Grundzüge der Konzentrationsentwicklung in der	
Stahlindustrie und die Auseinandersetzung um ihre	
Demokratisierung seit 1945	282
4. Zwei Möglichkeiten der Vergesellschaftung der Stahl-	
industrie	295
Variante 1: Vergesellschaftung des Stahlsektors	295
Variante 2: Vergesellschaftung der Stahlkonzerne	301